

Gemeinde Glandorf

Glandorf, den 15.04.2025

N i e d e r s c h r i f t

02/BPUA/022/2025

über die **öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Bau-, Planungs- & Umweltausschusses**
am **Dienstag, den 25.03.2025**, von **19:30 Uhr bis 21:08 Uhr**
in der **Ludwig-Windthorst-Schule, Schulstr. 1, 49219 Glandorf**

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Josef Ossege CDU

Mitglieder

Herr Martin Bäumer CDU
Frau Sarah Bischof UWG
Herr Sven Harwerth UWG
Herr Reinhold Hothnaier UWG
Herr André Winterberg CDU
Frau Birgit Wordtmann Die Grünen

Bürgermeister

Herr Torsten Dimek Bürgermeister

von der Verwaltung

Herr Frank Scheckelhoff
Herr Rainer Stockhoff

Charline Vennemann

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung

Ausschussvorsitzender Ossege eröffnet um 19:30 Uhr die Sitzung und begrüßt alle anwesenden Ratsmitglieder, Bürgermeister Torsten Dimek, die Vertreter der Verwaltung und Herrn Stromann von der Firma TEN. Er weist darauf hin, dass die Sitzung aufgezeichnet und die Tonaufnahme nach Erstellung des Protokolls gelöscht wird.

2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der anwesenden Ausschussmitglieder

Ausschussvorsitzender Ossege stellt die ordnungsgemäße Ladung und die anwesenden Ausschussmitglieder fest.

3. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Ausschussvorsitzender Ossege stellt die Beschlussfähigkeit fest.

4. Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird in der vorliegenden Form einstimmig festgestellt.

5. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Bau-, Planungs- & Umweltausschusses Nr. 02/BPUA/002/2025 vom 11.02.25

Die Niederschrift 02/BPUA/021/2025 vom 11.02.2025 liegt allen Ausschussmitgliedern vor. Gegen Form und Inhalt werden keine Einwände erhoben. Die Niederschrift wird einstimmig genehmigt.

6. Bericht der Verwaltung

Fachdienstleiter Scheckelhoff trägt den Verwaltungsbericht wie folgt vor:

- Mit den Außenarbeiten an der KiTa in Schwege wurde begonnen. Der Innenausbau schreitet ebenfalls gut voran. Die KiTa soll zum 1. Oktober bezugsfertig sein. Der Estrich ist verlegt und zurzeit werden die Vergabe der letzten Innengewerke und Schlosserarbeiten vorbereitet.
- Für den Umbau des Christophorus Kindergartens in Glandorf ist die Baugenehmigung erteilt und der Baubeginn für April geplant.
- Die Baumaßnahme Radweg an der B 51 ist nahezu abgeschlossen, was eine Entlastung für die Anlieger an den Umleitungsstrecken darstellt.
- Die Mobilstation am ZOB wurde im Rahmen des Moin+ -Projektes fertiggestellt und in Betrieb genommen.
- Des Weiteren musste eine kurzfristige Sperrung am Kölner Weg aufgrund eines Gaslecks durch die TEN erfolgen.
- Die Planungen für den Straßenbau „Up de Haar“ schreiten weiter voran und die Ausschreibung für die Arbeiten am Frankenweg wird vorbereitet.

Ausschussvorsitzender Ossege stellt bezüglich der Maßnahme am Frankenweg eine Nachfrage zur Entstehung von Anliegerbeiträgen, welche Bauamtsleiter Scheckelhoff verneinte, da es sich um eine Wiederherstellung der Straße handle. Auch ohne direkte finanzielle Auswirkungen plädiert Vorsitzender Ossege für eine frühzeitige Beteiligung der Anlieger.

Ausschussmitglied Bischof erkundigt sich nach der Kostenentwicklung der Maßnahme am Frankenweg. Herr Scheckelhoff erläutert, dass die endgültigen Planungen sowie die Statik nun abgeschlossen sind und damit eine neue Kostenschätzung unter Berücksichtigung der einzusetzenden Spundwände angefordert wird. Über die Kosten wird in der nächsten VA- oder BPUA-Sitzung berichtet.

Zudem spricht Ausschussmitglied Bischof die Problematik der schlechten Beschilderung an der Baustelle am Kölner Weg an, die zu Verwirrung bei den Verkehrsteilnehmern führt.

Bauamtsmitarbeiter Stockhoff gibt an, dass die Baumaßnahme in der aktuellen Woche planmäßig abgeschlossen werden soll.

Ausschussmitglied Winterberg fordert die Verwaltung auf, kurzfristig mit der Landesverkehrsbehörde zu sprechen, um möglicherweise eine kurzfristige Freigabe der B51 zu erreichen und den Verkehr zu entzerren. Er äußert Bedenken hinsichtlich der Verkehrssituation am Kölner Weg und beschreibt die Gefahren, die sich aus der unzureichenden Ausschilderung ergeben.

FDL Scheckelhoff verspricht, sich diesbezüglich mit der Landesverkehrsbehörde abzustimmen.

Weitere Fragen gibt es zum Bericht nicht.

7. Kommunale Wärmeplanung Glandorf - Vorstellung des Zwischenberichtes **Vorlage: 02/591/2025**

Ausschussvorsitzender Ossege erklärt, dass die Gemeinde Glandorf, obwohl sie mit weniger als 10.000 Einwohnern derzeit nicht gesetzlich dazu verpflichtet ist, sich dennoch für die Durchführung einer kommunalen Wärmeplanung entschieden hat. Diese wird zudem stark bezuschusst. Er gibt das Wort an Herrn Stromann von der TEN eG weiter.

Herr Stromann stellt den Zwischenstand zur kommunalen Wärmeplanung anhand einer Präsentation (Anlage 1) vor. Das Potenzial für die Wärmeerzeugung in Glandorf wird in seinem Vortrag hervorgehoben, einschließlich der Nutzung von Biogasanlagen und der Kläranlage. Der Endbericht wird im Sommer fertiggestellt.

Ein ausführlicher Zwischenbericht in Textform wird in den kommenden Tagen allen Ausschussmitgliedern zur Verfügung gestellt.

Ausschussvorsitzender Ossege dankt Herrn Stromann für den Zwischenbericht und betont das Interesse am Abschlussbericht und den Umsetzungsmöglichkeiten. Er öffnet die Diskussion für Fragen zum Zwischenbericht.

Ausschussmitglied Winterberg erkundigt sich nach der Berücksichtigung kleinerer Biomassekraftwerke in der Analyse. Herr Stromann antwortet, dass diese zwar analysiert, aber aufgrund ihrer Größe nicht als Potenzial für ein Wärmenetz betrachtet werden, da sie hauptsächlich zur Stromerzeugung genutzt werden.

Ausschussmitglied Bischof fragt nach der Darstellung der Stakeholder-Workshop Ergebnisse im Endbericht. Herr Stromann bestätigt, dass die Ergebnisse in die Bestandsanalyse eingeflossen sind und im Zwischenbericht in der Textform ausführlich dargestellt werden.

Bürgermeister Dimek weist darauf hin, dass der Zwischenbericht mit 85 Seiten ein umfangreiches Werk darstellt und bald auf der Homepage der Gemeinde zur Verfügung stehen wird. Er lädt die Öffentlichkeit ein, Anregungen dazu vorzutragen.

Herr Stromann ergänzt, dass seine Kontaktdaten ebenfalls auf der Internetseite verfügbar sind und er für Nachfragen zur Verfügung steht.

Vorsitzender Ossege unterbricht die Sitzung und gibt den Zuhörern die Möglichkeit, Fragen zu stellen.

Ein Bürger fragt nach der Möglichkeit eines Wärmenetzes für seine Siedlung im Umfeld der Professor-Horstmann Straße, da er aktuell noch mit Gas heizt.

Daraufhin erklärt Herr Stromann, dass die Wirtschaftlichkeit und Sinnhaftigkeit von Wärmenetzen derzeit geprüft wird. Die Entscheidung für den Ausbau eines Wärmenetzes hängt zudem von der Wärmeliniedichte ab. Es muss analysiert werden, ob ein Wärmenetz betrieben werden kann und woher die Wärme kommt. Im Endbericht kann ein Fokusgebiet für nähere Untersuchungen definiert werden. Der Prozess zur möglichen Realisierung eines Wärmenetzes erfordert eine Machbarkeitsstudie und ist langwierig. Daher können noch keine konkreten Aussagen getroffen werden. Eine individuelle Situation kann durch kommunale Wärmeplanung momentan nicht gelöst werden. Er empfiehlt bei akutem Handlungsbedarf eine Energieberatung.

Im weiteren Verlauf informiert Herr Stromann, dass die Entscheidung für ein Wärmenetz auch von der benötigten Wärmemenge und der Anschlussquote abhängt. Neubaugebiete seien aufgrund des geringeren Wärmebedarfs schwieriger für Wärmenetze zu erschließen. Die grundsätzliche Bereitschaft zur Erschließung von Wärmenetze ist seitens der TEN vorhanden.

Ausschussvorsitzender Ossege formuliert das Ziel der Gemeinde, nach Abschluss der Planungen einen Netzbetreiber zu suchen, der in Verbindung mit einem Energieerzeuger ein Wärmenetz aufbauen könnte. Dies ist ein langfristiges Projekt und er bittet um Geduld.

Ein Bürger erkundigt sich nach der Möglichkeit, dass sich der Biogasbetreiber Schröder mit einem Netzversorger allein auf den Weg macht, um den Prozess voranzutreiben oder ob die Entwicklung der Wärmenetze im Gemeindegebiet flächendeckend planabhängig sein.

Bürgermeister Dimek erläutert, dass der Zeithorizont für den Abschlussbericht bis zum Sommer angesetzt ist und hebt hervor, dass bestimmte Bereiche einer genaueren Machbarkeitsanalyse unterzogen werden müssen. Diese Analyse erfordert Zeit, da Planungsbüros zu konsultieren und Fördermittel einzuwerben sind. Er erwähnt, dass Schröder zwar bereits aktiv geworden ist, aber auch noch einen Partner für die Umsetzung im öffentlichen Raum benötigt, da die Verlegung von Wärmenetzen in bestehenden Straßen mit anderen Leitungen komplex und kostenintensiv ist. Aktuell könnten keine Versprechungen gemacht werden.

Ein weiterer Bürger stellt Fragen zur Nutzung von Wärme aus Abwasser und bittet um eine Kosten-Nutzen-Analyse im Rahmen des Abschlussberichts.

Herr Stromann versichert, dass das Potenzial der Wärme aus Abwasser analysiert und in den Endbericht einfließen wird. Er geht davon aus, dass auch die geplante Klärschlammaufbereitung und die damit verbundene Energiegewinnung durch das Planungsbüro BET berücksichtigt wird.

Vorsitzender Ossege eröffnet danach wieder die Sitzung mit dem Hinweis, dass Fragen aus dem Zuhörerraum nun nicht mehr behandelt werden können.

Ausschussmitglied Bäumeier äußert Bedenken, dass sich die Gemeinde hinter der kommunalen Wärmeplanung versteckt und fordert eine positivere Botschaft für die Anwohner.

Bürgermeister Dimek erläutert erneut die Herausforderungen bei der Erschließung von Wärmenetzen in bestehenden Gebieten und betont die Notwendigkeit, neben der Klärung von Anschlussfragen auch Partner zu finden. Er verweist auf Gespräche mit Herrn Schröder

und hebt hervor, dass die kommunale Wärmeplanung zunächst das gesamte Gemeindegebiet betrachte. Die Suche nach Partnern ist entscheidend, um unterschiedliche Interessen der Anwohner, wie beispielsweise kürzlich erneuerte Heizungen, zu berücksichtigen. Er erklärt, dass bereits Gespräche mit Schröder geführt wurden, jedoch die Herausforderung darin besteht, genügend Interessenten für eine Vorvermarktung zu finden. Es ist wichtig, erst nach Abschluss der kommunalen Wärmeplanung in tiefergehende Projekte zu gehen.

Ausschussvorsitzender Ossege schlägt vor, dass die Verwaltung sich erneut mit dem Thema auseinandersetzen soll, um möglicherweise früher mit Lösungen beginnen zu können.

Herr Stromann von der TEN ergänzt, dass Herr Schröder ja bereits als Stakeholder involviert ist und weitere Schritte geplant sind, um die Zielszenarien zu konkretisieren. Er hebt die Bedeutung der ortsnahen Biogasanlagen hervor und thematisiert die Komplexität der Planung von Wärmenetzen, die auf den Wärmebedarf ausgelegt werden müssen.

Ausschussmitglied Hothnaier äußert Unverständnis über die Dauer des Prozesses und schlägt vor, durch eine Versammlung das Interesse der Anwohner an einem Wärmeanschluss zu ermitteln, um die Wirtschaftlichkeit eines Netzausbaus zu beurteilen.

Bürgermeister Dimek gibt zu bedenken, dass die genauen Pläne von Herrn Schröder noch unbekannt sind und ein weiteres Gespräch notwendig ist.

Ausschussmitglied Wordtmann weist darauf hin, dass bei der Planung auch eine Sanierungsrate berücksichtigt werden muss, da sich der Zustand der Häuser verändern wird.

Im Anschluss daran lässt der Ausschussvorsitzende über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Der Zwischenbericht zur Kommunalen Wärmeplanung Glandorf wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis einstimmig empfohlen

-

Abstimmungsergebnis

Ja 7 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

8. Endausbau Amselweg - Bürgersteig an der Wüste - Beratung und Beschlussfassung Vorlage: 02/586/2025

FDL Scheckelhoff präsentiert die Ausbauvorschläge des Planungsbüros Ibt, die bereits in einer Anliegerversammlung diskutiert wurden. Es wird im Baugebiet ein höhengleicher Ausbau mit einer Mischung aus Asphalt und Pflasterflächen sowie ein einseitiger Gehweg geplant. Die Straße soll durch Pflanzbeete und Fußweegeanbindungen aufgelockert werden. Die Diskussion über eine Spielstraße wurde zugunsten einer Tempo 30-Zone verworfen. Weitere Plandetails sind den Dokumenten zur Sitzung zu entnehmen.

Ausschussmitglied Bischof fragt nach den Gründen gegen eine Spielstraße.

FDL Scheckelhoff erklärt, dass eine Spielstraße eine komplett andere Straßengestaltung erfordern würde als aktuell angedacht ist, was eine präzise Definition der Parksituation nach sich ziehen würde. Zudem handelt es sich durch den Wendehammer um ein geschlossenes System ohne Durchfahrtstraßen, weshalb eine weitere Verkehrsberuhigung nicht zwingend erforderlich ist. In Abstimmung mit den Anliegern wurde beschlossen, bei einer Tempo 30-Zone zu bleiben.

Zudem erinnert sich das Ausschussmitglied Bischof im Hinblick auf die angrenzenden Fuß- und Radwegverbindungen an eine ähnliche Situation der Straßenführung hinter Middelberg

und schlägt vor, sich Gedanken über Fahrradbügel zu machen, um die Sichtbarkeit zu verbessern. Scheckelhoff hält dies für überlegenswert und diskutiert die Anforderungen an Umlaufsperrn, die groß genug für Fahrradanhänger sein müssen, aber nicht zu weit auseinanderstehen dürfen, um ihren Zweck zu erfüllen. Es wird ein Kompromiss angestrebt.

FDL Scheckelhoff berichtet im weiteren Verlauf über die geplante Gestaltung eines Gehwegs, der durch ein Gebiet mit 15 Bäumen von der Einmündung des Kindergartens bis zur Drosselgasse führt. Zwei Bäume müssen für die Maßnahme weichen. Die Kronen der vorhandenen Stieleichen wurden bereits eingekürzt, was Wunsch der Anwohner gewesen sei. Die Anbindung des Lärchenweges und die Besonderheit eines Schachtbauwerks in der Nähe eines Gewässers des Wasser- und Bodenverbandes werden hervorgehoben. Um die Wurzeln der bestehenden Bäume zu schützen, sollen Wurzelbrücken eingebaut werden, die später überpflastert und somit unsichtbar gemacht werden. Die Anpassung des Gehwegs an die Grundstücksgrenzen und die Erhaltung der Heckenstrukturen sind Aspekte, die es zu beachten gilt.

Die Ausschreibungsunterlagen für die Baumaßnahmen sollen bis Ende März/Anfang April fertiggestellt werden.

Ausschussmitglied Hothnaier stellt eine Frage zur Entwässerung des Gehwegs und der Pflege des 40 Zentimeter breiten Streifens neben dem Gehweg.

Bauamtsmitarbeiter Stockhoff erklärt, dass dieser Streifen zur Entwässerung genutzt wird und keine zusätzlichen Einläufe benötigt werden. Zudem wird dadurch der Wurzelbereich der Bäume geschont.

Ausschussmitglied Hothnaier äußert Bedenken bezüglich der Kosten und der langfristigen Haltbarkeit von Wurzelbrücken. FDL Scheckelhoff erwidert, dass die Notwendigkeit und die Anzahl von Wurzelbrücken im Rahmen des Ausbaus geprüft und entschieden wird.

Ausschussmitglied Winterberg erörtert und vergleicht verschiedene Verkehrsberuhigungsmaßnahmen zur Geschwindigkeitsreduzierung in beiden Planbereichen. Er regt an, gezielte Lösungen zu finden, um die Fußgänger und Fahrradfahrer auf dem Weg zur neuen KiTa zu schützen. Genauer erläutert werden dabei die Vor- und Nachteile von „Berliner Kissen“ und Pflanzbeeten im Innen- und Außenbereich der Kurve im Baugebiet Amselweg.

Ausschussmitglied Bischof stellt zwei Fragen bezüglich der Verkehrssituation an der Wüste. Sie hinterfragt, ob dort schon Tempo 30 gilt und ob Kindergartenschilder geplant sind, um auf den nahegelegenen Kindergarten hinzuweisen. Weiter stellt sie die Frage zur Notwendigkeit von Maßnahmen zur Sicherung der Fußgängerüberwege, wie z.B. Markierungen, insbesondere für Kinder, die den Kindergarten besuchen.

FDL Scheckelhoff bestätigt die Möglichkeit von Markierungen auf dem Boden, um die Aufmerksamkeit der Autofahrer zu erhöhen und die Sicherheit an Kreuzungsbereichen zu verbessern.

Bürgermeister Dimek unterstützt die Idee, markierte Fußgängerfurten einzusetzen, um die Aufmerksamkeit der Autofahrer zu steigern.

Ausschussmitglied Hothnaier äußert sich zur Lautstärke der Berliner Kissen und erklärt, dass abgerundete Ecken zu einer geringeren Lärmbelastigung führen, da sie nicht so starken Schlag verursachen wie scharfe Kanten.

Da keine weiteren Anregungen und Anmerkungen vorliegen, wird über den Beschlussvorschlag abgestimmt.

Beschlussvorschlag:

Der Endausbau des Baugebietes Amselweg und die Herstellung des Fußweges an der Straße „An der Wüste“ werden entsprechend den Entwürfen des Büros IBT vorgenommen. _

Abstimmungsergebnis einstimmig empfohlen

-

Abstimmungsergebnis

Ja 7 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

9. Straßeninstandsetzungsmaßnahmen 2025 - Beratung und Beschlussfassung
Vorlage: 02/585/2025

Unter diesem TOP erfolgt durch Bauamtsmitarbeiter Stockhoff die Berichterstattung über die Wegebereisung, die am 8. März stattgefunden hat. Im Ergebnis hätten sich die Teilnehmer auf eine Priorisierung von Sanierungsmaßnahmen, die aufgrund eines begrenzten Budgets von 275.000 € in diesem Jahr umgesetzt werden können, verständigt. Er geht dabei auf geplanten Maßnahmen, wie Splittarbeiten und die Sanierung von Straßenabschnitten, weiter ein. Die Bedeutung der Erhaltung der Straßeninfrastruktur für Glandorf hebt er dabei hervor. Während seines Vortrags beantwortet er Verständnisfragen aus den Reihen der Ausschussmitglieder.

Ausschussvorsitzender Ossege lässt danach über die aufgestellte Prioritätenliste abstimmen.

Beschlussvorschlag:

In 2025 werden im Gemeindegebiet die in der Anlage beschriebenen Maßnahmen an den jeweiligen Straßenabschnitten vorgenommen.

Abstimmungsergebnis einstimmig empfohlen

-

Abstimmungsergebnis

Ja 7 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

10. Regionales Raumordnungsprogramm - 3. Auslegung - Beratung und Beschlussfassung
Vorlage: 02/587/2025

FDL Scheckelhoff informiert über die 3. Offenlage des Regionalen Raumordnungsprogramms. Einige Anregungen der Gemeinde aus der ersten und zweiten Offenlage wurden in die geänderte Planung nicht übernommen. Dinge, die jetzt Gegenstand der dritten Offenlage sind, bringen für Glandorf nun keine neuen Änderungen.

Vor diesem Hintergrund zeigt er auf einem Plan die betroffenen Gebiete und die Veränderungen, die seit der ersten Offenlage stattgefunden haben. Insbesondere weist er auf die Notwendigkeit hin, die Grenze der Wohnbauflächen zu dem Windvorranggebiet mit einem ausreichenden Schutzabstand zu versehen. Er spricht dabei das Baugebiet Müllering und den Abstand zu Füchtorf an. Der Landkreis habe sich wohl darauf beschränkt, nur bereits ausgewiesene Wohnbauflächen zu berücksichtigen.

Da keine Fragen und Anregungen gestellt werden, lässt der Ausschussvorsitzende abstimmen..

Beschlussvorschlag:

Die 3. Offenlage des Regionalen Raumordnungsprogrammes wird zur Kenntnis genommen. Auf die Stellungnahmen zur 1. und 2. Auslegung, hier insbesondere auf die Abstände von Windvorangebieten zur Wohnbebauung sowohl in Glandorf als auch in Füchtorf, wird erneut verwiesen.

Abstimmungsergebnis einstimmig empfohlen

-

Abstimmungsergebnis

Ja 7 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**11. Anfragen und Anregungen**

Ausschussmitglied Winterberg spricht das Thema Straßensanierung an und erkundigt sich nach einem Brückenkataster in der Gemeinde sowie dem Umgang mit unterschiedlichen Zuständen der Brückengeländer. Er fragt nach einem regelmäßigen Prüfturnus und erwähnt die Notwendigkeit, die Verkehrssicherheit zu gewährleisten. Er bittet um eine aktuelle Übersicht über den Zustand der Brücken in Glandorf.

Bauamtsmitarbeiter Stockhoff räumt ein, dass die Brückenprüfung intensiviert werden müsse und berichtet von bereits durchgeführten Erneuerungen sowie weiterem Handlungsbedarf.

Ausschussmitglied Bischof fragt nach dem Prozessstand bezüglich Barrierefreiheit von Bordsteinabsenkungen. Hierzu habe es bereits vor einiger Zeit eine Anfrage bei der Gemeinde von dem kleinen Fitz Laumann gegeben.

Bürgermeister Dimek erklärt, dass u.a. in Schwege diesbezüglich bereits einige Maßnahmen umgesetzt wurden, andere jedoch vorerst zurückgestellt sind. Der aktuelle Stand wird aufbereitet und dann aufgezeigt. Er könne sich aber auch daran erinnern, dass die Verwaltung einen Vorschlag zum Ausbau eines Teilabschnitts eines Gehweges gemacht habe, jedoch von Seiten der Politik kein Nachbesserungsbedarf gesehen wurde.

12. Schließung der Sitzung

Ausschussvorsitzender Ossege bedankt sich für die Mitarbeit und schließt die Sitzung um 21:08 Uhr.

gez. Josef Ossege
Vorsitzender

gez. Charline Vennemann
Protokollführer/in